

Landtagsdirektion
Eingelangt am

24. SEP. 2009

482/09

ANTRAG

der Abgeordneten **Fritz Gurgiser**, Ing. Thomas Schnitzer, Klaus Gasteiger, Ing. Heinrich Ginther u.a.

betreffend: **Fairer Wettbewerb für die heimischen Klein- und Mittelbetriebe bei Aufträgen der öffentlichen Hand bzw. landes- und gemeindeeigener Unternehmungen.**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

ANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand sowie landes- und gemeindeeigener Unternehmungen einen fairen Wettbewerb durchzuführen, um so den Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort langfristig zu verbessern. Dabei sollen europa- und vergaberechtlich abgestimmte Parameter eingezogen werden. Weiters wird die Landesregierung ersucht, bei der Bundesregierung darauf einzuwirken, dass das Bestbieterprinzip auch für Ausschreibungen von öffentlichen Einrichtungen im Einflussbereich des Bundes realisiert wird.“

Weiters wird beantragt, diesen Antrag dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Technologie sowie dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zuzuweisen.

BEGRÜNDUNG:

Die aktuelle Situation im Bundesland Tirol zeigt, dass es dringend notwendig ist, den eigenen Klein- und Mittelbetrieben überall dort, wo politisch gestaltet werden kann, einen „fairen Wettbewerb“ im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben zu ermöglichen, der heute vielfach durch Anbieter unterlaufen wird, die unter völlig anderen Bedingungen interessante Arbeiten aus der Tiroler Wirtschaft abziehen und damit die arbeitsmarktpolitisch positiven Effekte der „Landes- und Bundeskonjunkturpakete“ deutlich schmälern.

Mit der Erhöhung der Schwellenwerte (BGBl. vom 29.04.2009) sowie den kürzeren Prüf- und Zahlungsfristen fertig gestellter Arbeiten wurden erste Schritte zur Verbesserung der Auftragslage und der Liquidität der Betriebe gesetzt, welche die grundsätzlichen Voraussetzungen für die Beschäftigung in zahlreichen Branchen sind.

Um aber die Beschäftigungslage in den Betrieben zu halten und insbesondere jungen Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz bieten zu können, ist es notwendig, dass Arbeiten aus öffentlichen Gebietskörperschaften von Land und Gemeinden zu „fairen Angebots- bzw. Wettbewerbsbedingungen“ vergeben werden. Diesbezüglich bietet das Bundesvergabegesetz in der geltenden Fassung zwar den einen oder anderen Spielraum (vgl. den 5. Abschnitt, Grundsätze des Vergabeverfahrens und allgemeine Bestimmungen, § 19 (5) und (6)).

So soll bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen Augenmerk auf das Bestbieterprinzip gelegt werden, wobei im Rahmen der vergaberechtlichen Möglichkeiten weitere Parameter

wie Lehrlingseinstellung und Frauenförderung, Einstellung von Behinderten, nachhaltiger Ressourceneinsatz etc. zur Entscheidungsfindung herangezogen werden können.

Die Berücksichtigung von unterschiedlichen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in vielfältiger Hinsicht in Bezug auf Klein- und Mittelbetriebe aus Produktion und Landwirtschaft unter Nutzen sämtlicher Spielräume des Europarechts würde die Tiroler Wirtschaft „nachhaltig und dauerhaft“ wettbewerbsfähiger machen. Damit kann am besten dem landespolitischen Ziel nach hoher Beschäftigung entsprochen werden – denn der Beschäftigtengrad in diesen Betrieben wird umso mehr gehalten, als öffentliche Aufträge in einer gesunden, intakten Kreislaufwirtschaft gehalten werden.

Innsbruck, am 22. September 2009

Heinz Berger
Paula Eisenmann

Trudl

J. Kell
G. Kell
G. Kell

L. K.
H. K.
A. K.

[Signature]

Georg

K. G.

wie Lehrlingseinstellung und Frauenförderung, Einstellung von Behinderten, nachhaltiger Ressourceneinsatz etc. zur Entscheidungsfindung herangezogen werden können.

Die Berücksichtigung von unterschiedlichen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in vielfältiger Hinsicht in Bezug auf Klein- und Mittelbetriebe aus Produktion und Landwirtschaft unter Nutzen sämtlicher Spielräume des Europarechts würde die Tiroler Wirtschaft „nachhaltig und dauerhaft“ wettbewerbsfähiger machen. Damit kann am besten dem landespolitischen Ziel nach hoher Beschäftigung entsprochen werden – denn der Beschäftigungsgrad in diesen Betrieben wird umso mehr gehalten, als öffentliche Aufträge in einer gesunden, intakten Kreislaufwirtschaft gehalten werden.

Innsbruck, am 22. September 2009

Walter Berger
Bauer Eisenwur

Huber
M. Moller

R

Kirch Gungl
Schul

Thaler

J. Kell
Lorenz Kell

Geck